

BDSV BEGRÜSST BEKENNTNIS VON BUNDESVERTEIDIGUNGSMINISTERIN KRAMP-KARRENBauer ZU STÄRKERER ROLLE DEUTSCHLANDS IM BEREICH DER SICHERHEITSPOLITIK

Dr. Hans C. Atzpodien, Hauptgeschäftsführer BDSV

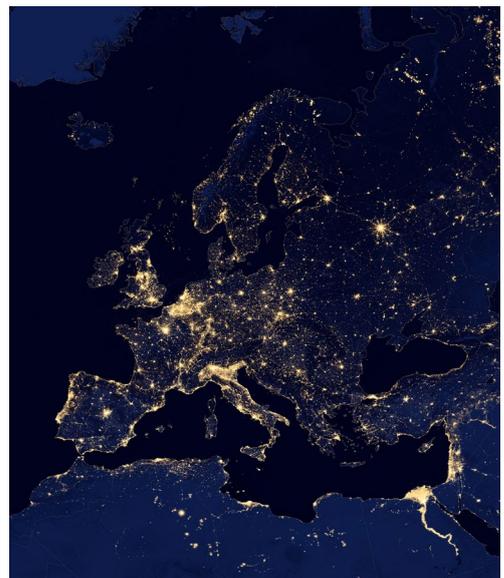


Die Bundesministerin der Verteidigung Annegret Kramp-Karrenbauer hat bei ihrer sicherheitspolitischen Grundsatzrede am 07.11.2019 an der Bundeswehr-Universität in München viele wichtige Aussagen gemacht. Sie hat die Bedeutung einer aktiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Voraussetzung für Entwicklung, Wohlstand und Freiheit hervorgehoben. Sie hat betont, dass es in der Mitte Europas, „das von sicheren Grenzen und gleichzeitig kraftvollem Miteinander lebt“, die

dafür erforderliche liberale Ordnung nicht zum „Nulltarif“ gibt, aber auch, dass bei uns Absichtserklärungen und tatsächliches Handeln oft nicht deckungsgleich sind.

Vor allem aber fordert die Ministerin in ihrer Rede, dass Deutschland als Voraussetzung für mehr Verantwortung „in allen Fragen, die seine strategischen Interessen betreffen, eine Haltung entwickeln muss“. Dem kann nur nachdrücklich zugestimmt werden. Eine solche, aus der Bestimmung der eigenen Interessen abgeleitete „Haltung“ fehlte bisher in vielen sicherheitspolitisch relevanten Bereichen: bei der Fortentwicklung und Umsetzung des Gedankens nationaler Schlüsseltechnologien im Bereich Sicherheit und Verteidigung (hier ist nun ein entsprechendes Dokument auf Regierungsebene in Arbeit), bei der Harmonisierung von Rüstungsexportfragen mit unseren engsten sicherheitspolitischen Bündnispartnern in Europa (wie Frankreich und UK), aber auch bei der Frage, wie die Instrumente rüstungspolitischer Effizienzsteigerung in der EU (PESCO, EDIDP und EDF) tatsächlich mit andern Partnern zusammen zu nutzen und umzusetzen sind.

Von daher ist es mehr als begrüßenswert, dass sich Ministerin Kramp-Karrenbauer in ihrer Rede einmal mehr zur „Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit zu Sicherheit und Verteidigung“ als Stärkung des „europäischen Arms in der NATO“ und zur NATO als „Anker der Sicherheit Europas“ bekannt hat. Dies geht bei ihr einher mit dem Bekenntnis zur wichtigen Rolle des deutsch-französischen Tandems. Umso schmerzlicher ist



es daher, dass zeitgleich der französische Präsident Macron in einem Interview mit dem britischen „Economist“ die NATO für „hirntot“ erklärt hat und von Europa eine eigene geopolitische Strategie gefordert hat.



Diese drastische Koinzidenz der Ereignisse führt uns nur einmal mehr vor Augen, wie stark Sicherheitspolitik immer noch von nationalen Interessen und Sichtweisen geprägt ist. Deutschland sollte sich die Situation nicht schönreden. Trotz aller Bemühungen um gemeinsame Vorhaben mit Frankreich (s. neues Kampfflugzeug, neuer Kampfpanzer oder Eurodrohne) hat Frankreich eine grundsätzlich andere geopolitische Sicht auf die sicherheits-politische Rolle Europas als Deutschland sie angesichts seiner Lage und seiner Heraus-

forderungen hat. Es wird Zeit, dass wir damit uns selbst gegenüber ehrlicher umgehen. Auch insofern ist die sicherheitspolitische Grundsatzrede der Bundesverteidigungsministerin in München ein Meilenstein, übrigens ebenso wie die klare und umgehende Zurückweisung der Macron'schen Hirntod-These durch Bundeskanzlerin Merkel.

Da es auf Sicht mehr denn je darum gehen muss, die Potentiale sicherheitspolitischer Zusammenarbeit in Europa, die es ohne Frage weiterhin zu heben gilt, von der klarst-möglichen Definition der eigenen nationalen Sicherheitsinteressen aus anzusteuern, ist auch der Forderung von Frau Kramp-Karrenbauer nach einem nationalen Sicherheitsrat zuzustimmen. Einer solchen Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrates zu einer strategischen Plattform an der Spitze der Bundesregierung hätte es aus unserer Sicht schon längst bedurft, um nicht zuletzt auch den sicherheitspolitisch notwendigen Diskurs in unserem Land von der Spitze her mit mehr Sichtbarkeit und Entschlossenheit zu führen.

Freilich gibt es bei der ansonsten durchweg begrüßenswerten Rede der Ministerin in München auch einen „Wehrmutstropfen“: Das Thema der industriellen Kompetenzen als unverzichtbarer Beitrag zu einer sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands kommt dort nicht vor. Umso wichtiger erscheint es aus Sicht des BDSV, dass das zwischen den Ressorts BMWi, BMVg, BMI und AA in der Abstimmung befindliche „Strategiepapier zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland“, das einem Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung der amtierenden Bundesregierung entspringt, zügig noch in diesem Jahr das Kabinett passiert und anschließend in Kraft tritt. Denn nur auf dieser Basis wird sich auch der Umgang mit Art. 346 AEUV, der Ausnahmebestimmung zur Umsetzung nationaler Sicherheitsinteressen bei Beschaffungsverfahren, im Sinne unserer schon seit Langem geäußerten Verbandsforderung verändern lassen.

Am Ende lassen sich die Forderungen der Bundesverteidigungsministerin nur dann mit Leben erfüllen, wenn die von ihr zu Recht für unsere Sicherheit und Freiheit als unverzichtbar eingestufte Bundeswehr auch durch modernste Ausrüstung in den Stand versetzt wird, ihren Beitrag tatsächlich zu leisten.